

Unverkäufliche Leseprobe aus:

Wilfried Loth
Geschichte Frankreichs im 20. Jahrhundert

Alle Rechte vorbehalten. Die Verwendung von Text und Bildern, auch auszugsweise, ist ohne schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.

© S. Fischer Verlag GmbH, Frankfurt am Main

Inhalt

Vorwort	9
Einleitung: Die republikanische Synthese	12
 1 Frankreich im Ersten Weltkrieg	 21
1.1 Die »Union sacrée«	21
1.2 Erschütterungen des nationalen Konsenses	24
1.3 Die Krise des Jahres 1917	27
1.4 Die Aktion Clemenceaus	30
 2 Kriegsfolgen und Stabilisierung 1919–1928	 35
2.1 Der Sieg des Nationalen Blocks	35
2.2 Vom Nationalen Block zum Kartell der Linken	39
2.3 Die Regierung Herriot	43
2.4 Stabilisierung im Zeichen der »Nationalen Union«	45
 3 Wirtschaft und Gesellschaft in den 20er Jahren	 48
3.1 Die Kosten des Krieges	48
3.2 Partielle Modernisierung	50
3.3 Retardierende Elemente	53
3.4 Modifizierte Klassenerfahrungen	56
 4 Die Außenpolitik der Nachkriegsära	 60
4.1 Die Ausgangslage	60
4.2 Das Scheitern der Hegemonialpläne	64
4.3 Die Verständigungspolitik	69
4.4 Vergebliche Eindämmungsbemühungen	72

5	Die Folgen der Weltwirtschaftskrise	74
5.1	Die Wirtschaftskrise	74
5.2	Die Lähmung der Exekutive	77
5.3	Modernisierung und Faschismus	81
5.4	Der 6. Februar 1934	84
6	Die Jahre der Volksfront	88
6.1	Der Sieg der Volksfront	88
6.2	Die Schwierigkeiten der Regierung Blum	92
6.3	Die Agonie der Volksfront	96
7	Auf dem Weg zur Niederlage	101
7.1	Zwischen Eindämmung und Appeasement	101
7.2	Die Regierung Daladier	105
7.3	Vom »drôle de guerre« zum Waffenstillstand	107
7.4	Das Ende der III. Republik	112
8	Das Regime von Vichy und die Résistance	115
8.1	Die »nationale Revolution«	115
8.2	Hitlers Protektorat	120
8.3	Das andere Frankreich	122
8.4	Die Befreiung	127
9	Die zweite Nachkriegszeit 1944 – 1952	130
9.1	Der provisorische Konsens	130
9.2	Der Kampf um die neue Republik	133
9.3	Vom Tripartismus zur Dritten Kraft	137
9.4	Die gebremste Modernisierung	141
10	Die Außenpolitik der IV. Republik	144
10.1	Hoffnung auf Hegemonie	144
10.2	Die Hinwendung zum Westen	147

10.3	Der Kampf um die EVG	151
10.4	Zwischen Suez-Abenteuer und Römischen Verträgen	156
11	Der Abschied vom Kolonialreich	158
11.1	Die »Union française«	159
11.2	Der Indochinakrieg	161
11.3	Der Rückzug aus Afrika	165
11.4	Das algerische Drama	170
12	Von der IV. zur V. Republik	173
12.1	Die Lähmung der IV. Republik	173
12.2	Die Krise des Mai 1958	177
12.3	Die Etablierung der V. Republik	180
12.4	Der Rückzug aus Algerien	182
13	Das französische Wirtschaftswunder	188
13.1	Faktoren des Wachstums	188
13.2	Ungleicher Wohlstand	193
13.3	Dispersion und neue Klassenbildung	196
14	Die Innenpolitik des Wachstumsstaats	201
14.1	Vergebliche Integrationsversuche	201
14.2	Die Krise des Mai 1968	206
14.3	Von de Gaulle zu Pompidou	210
14.4	Die Entstehung der Linksunion	212
15	Die Außenpolitik des Gaullismus	216
15.1	Vergebliche Anläufe	216
15.2	Nationaler Alleingang	220
15.3	Entspannungspolitik	224
15.4	Korrekturen in der Europapolitik	227

16	Die Ära Giscard d'Estaing	230
16.1	Der Sieg Giscard d'Estaings	230
16.2	Reformen und Manöver	233
16.3	Von Giscard zu Mitterrand	238
16.4	Außenpolitik des Ausgleichs	241
17	Die Ära Mitterrand	246
17.1	Reformen und Revisionen	246
17.2	Außenpolitische Irritationen	252
17.3	Von der Linksregierung zur Kohabitation	255
17.4	Die zweite Präsidentschaft	260
	Schlußbetrachtung	273
	Literaturhinweise	278
	Register	292
	<i>Karte 1:</i>	
	Truppenbewegungen 1914–1918	26
	<i>Karte 2:</i>	
	Das besetzte Frankreich 1940–1944	118

Einleitung: Die republikanische Synthese

Der Weg zur französischen Republik war lang und schwierig. Die erste Republik, die sich nach dem Scheitern der Bemühungen um die Errichtung einer konstitutionellen Monarchie 1792 etablierte, wandelte sich unter dem Druck der feindlichen Koalitionsheere und gegenrevolutionärer Aufstände rasch zu einem diktatorischen Terrorregime und mußte nach dem Abflauen einer äußeren Bedrohung einem bürgerlichen Direktorium Platz machen, das dann in die Herrschaft Napoleons mündete. Auf den Zusammenbruch der napoleonischen Herrschaft folgte die Restauration der Monarchie, freilich nun mit konstitutionellen Zusätzen, die die bürgerliche Rechtsordnung und die politische Mitbestimmung der Notabeln konservierten. Der Versuch der Revolutionäre von 1830, dieses Restaurationsregime durch eine neue Republik abzulösen, führte nur zur Bekräftigung der konstitutionellen Elemente in der »Julimonarchie« des Herzogs von Orléans, Louis Philippe. Ein neuerlicher revolutionärer Anlauf 1848 brachte wohl eine zweite Republik zustande; doch sorgte die Angst der Bauern und des Bürgertums vor einer sozialen Revolution bald dafür, daß Napoleon III. mit plebiszitären Mitteln ein Regime errichten konnte, das partielle Zugeständnisse an die unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppierungen mit der Unterdrückung offen republikanischer Kräfte verband.

Auch nach dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 stand die Republik noch nicht auf der Tagesordnung. Gewiß proklamieren die liberalen Abgeordneten des Parlaments nach der Gefangennahme Napoleons III. durch die Deutschen am 4. September 1870 eine neue Republik; aber sie taten das unter dem Druck eines Arbeiteraufstands in Paris und sahen ihre Aufgabe zumeist nur darin, gegen die Gefahr einer sozialen Revolution, die in den großen Städten drohte, die Ordnung zu wahren. Die Nationalversammlung, die im Februar 1871 im ganzen Land gewählt wurde, wies eine deutliche Mehrheit von monarchistisch gesinnten Abgeordneten auf; und als eine neue Stadtversammlung in Paris (die »Komune«) der drohenden Restauration durch die Bildung einer föderalistischen Republik zuvorkommen wollte, gingen die Ordnungskräfte der Nationalversammlung mit Waffengewalt gegen die Hauptstadt vor. Als

der provisorische »Chef der Exekutive«, Adolphe Thiers, einst Minister unter Louis Philippe, nach dem Sieg über die Kommune erkennen ließ, daß er bereit war, eine gemäßigte Form der republikanischen Ordnung zu akzeptieren, wurde er von der Versammlung gestürzt. Sein Nachfolger, General Mac-Mahon, verstand sich als Statthalter des künftigen Monarchen.

Nur ganz allmählich verschoben sich die Gewichte zur Republik hin. 1873 scheiterte der Versuch, einen neuen Monarchen zu etablieren, am Gegensatz zwischen Anhängern des traditionellen Königshauses, die auf eine Rückkehr zum Ancien régime hinarbeiteten, und »Orleanisten«, denen eine Restauration der Notabeln-Herrschaft der Julimonarchie vorschwebte. Der Thronerbe des Bourbonenhauses, Graf Henri Charles von Chambord, weigerte sich, durch einen Verzicht auf das Lilienbanner den Anhängern der Julimonarchie entgegenkommen zu signalisieren. Notgedrungen wurde daraufhin das Mandat von Mac-Mahon um sieben Jahre verlängert. 1875 verabschiedete die Nationalversammlung eine Reihe von Verfassungsgesetzen, die Mac-Mahon zum Präsidenten der Republik beförderten, dabei aber noch offenließen, ob die Regierung allein dem Parlament oder auch dem Präsidenten verantwortlich war. Bei den Wahlen zur Abgeordnetenversammlung im März 1876 errangen die Anhänger der Republik eine breite Mehrheit. Die Kraftprobe zwischen dem Präsidenten und dem Parlament, die sich daraus ergab, ging zum Nachteil Mac-Mahons aus: Im Dezember 1877 erklärte er sich nach einem vergeblichen Versuch, das Wahlergebnis durch Neuwahlen zu korrigieren, zur Anerkennung der parlamentarischen Regierungsweise bereit; und als die republikanische Mehrheit daraufhin auch noch die Zustimmung zur Ablösung monarchistischer Kräfte in der Verwaltung, der Justiz und der Armee von ihm verlangte, trat er am 30. Januar 1879 zurück. 1880 schließlich gaben die Republikaner ihrem Sieg symbolischen Ausdruck, indem sie die Marseillaise zur Nationalhymne erklärten und den 14. Juli, den Tag der Erstürmung der Bastille im Revolutionsjahr 1789, zum Nationalfeiertag bestimmten.

Schwierigkeiten und Sieg der Republik hingen eng mit den besonderen Umständen der Industrialisierung Frankreichs zusammen. Obwohl die industrielle Produktion im Textilgewerbe und im Bergbau schon in den 60er Jahren des 18. Jahrhunderts begann, überwog noch während des gesamten 19. Jahrhunderts der landwirtschaftliche Produktionsbereich und schritt die Industrialisierung auch danach nur langsam fort. Der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtproduktion, der 1825 76% betragen hatte, ging bis 1890 nur auf 65% zurück und betrug zu Beginn des Ersten Weltkrieges immer noch 44%. Über 80% der Bevölkerung lebten zu Beginn des 19. Jahrhunderts auf dem Land. 1870 waren es noch 70% und 1911 56%. Die Masse der Bevölkerung aber, insbesondere die

zahlreichen selbständigen Kleinbauern und Pächter, orientierten sich nach der Befreiung von den Feudallasten in konservativer Richtung, aus Abneigung gegen die bürgerlichen Honoratioren ebenso wie aus Furcht vor einer sozialen Revolution, und zum Teil, besonders im Westen, auch noch aus Anhänglichkeit gegenüber der katholischen Kirche. Und die grundbesitzende Bourgeoisie, politisch und ökonomisch nach der Revolution von 1789 die einflußreichste Klasse, blieb mit Blick auf den Konservatismus der Bauern wie auf den revolutionären Unmut der Stadtbevölkerung darauf bedacht, die breite Masse der Bevölkerung vom politischen Entscheidungsprozeß fernzuhalten.

Daß sich die Republik nach 1870 mit der Zeit dennoch durchsetzen konnte, war danach auf zwei Faktoren zurückzuführen: Zum einen war die Industrialisierung nach einem Wachstumsschub in den Jahren des zweiten Kaiserreichs jetzt doch schon so weit fortgeschritten, daß die Industriebevölkerung – die Arbeiter ebenso wie die zahlreichen Angehörigen der bürgerlichen und kleinbürgerlichen Zwischenschichten – politisch stärker ins Gewicht fiel. Zum anderen verstanden es die gemäßigten Republikaner um Thiers, einem Teil der Bauern und den großbürgerlichen Notabeln begreiflich zu machen, daß auch eine republikanische Ordnung sozial konservativ sein konnte. Allein schon die Niederschlagung der Kommune wirkte hier als eindrucksvoller Anschauungsunterricht; und dann sorgten eine Reihe von Verfassungsbestimmungen dafür, daß die Interessen der Landbevölkerung und der Notabeln auch bei weiterem Fortschreiten der Industrialisierung großes Gewicht behielten. So wurde neben der Abgeordnetenkammer der Senat als zweite Kammer eingeführt; dieser wurde durch Wahlkollegien auf Departementesebene gewählt, in denen die Mandatsträger der kleinen Gemeinden überproportional vertreten waren, und war der direkt gewählten ersten Kammer in der Gesetzgebung gleichgestellt; im Unterschied zu dieser konnte er aber vom Präsidenten nicht aufgelöst werden. Die erste Kammer, von deren Vertrauen die Minister abhängig waren, wurde nach dem Mehrheitswahlrecht auf der Ebene von Arrondissements gewählt, deren Zuschnitt regelmäßig hinter der tatsächlichen Bevölkerungsentwicklung zurückblieb. Der Präsident wurde nicht etwa vom Volk gewählt, sondern von einer Nationalversammlung, die aus den beiden Kammern bestand.

Angesichts dieser Rückversicherungen sahen die Bauern ihre Interessen in einer republikanischen Ordnung immer noch besser aufgehoben als bei einer Rückkehr zur Notabelnherrschaft der Julimonarchie. Das Großbürgertum, mit dem die Aristokratie unterdessen mehr und mehr verschmolzen war, fand sich zum Verzicht auf die politische Dominanz bereit, nachdem sichergestellt war, daß das allgemeine Wahlrecht nicht zur Bedrohung seiner wirtschaftlichen Macht führte und sein Einfluß in der Verwaltung nicht wesentlich gemindert wurde. Und die bürgerlichen

Mittelschichten, die nun das Gros des politischen Führungspersonals stellten, ohne über eine starke Exekutive zu verfügen, nahmen die Einschränkungen des republikanischen Gleichheitsideals hin, um der Republik wenigstens grundsätzlich die nötige Massenbasis zu verschaffen. So wurde ein dreifacher Kompromiß der besitzenden Klassen zur eigentlichen Grundlage des neuen Regimes und die Verteidigung des Besitzes zu seinem grundlegenden Prinzip. Bei der großen Zahl bäuerlicher kleineigentümer, selbständiger Gewerbetreibender, Angehöriger freier Berufe, kleiner Anleger und Immobilienbesitzer und der Macht der großen Bourgeoisie in Wirtschaft und Verwaltung ergab sich daraus eine stabile Ordnung, die nicht mehr so leicht in Frage gestellt werden konnte.

Die Stabilität der Republik war um so größer, als sich die überwiegende Mehrheit der Besitzenden ökonomisch konservativ verhielt. Wohl gab es einzelne Unternehmer, die den technischen Fortschritt mit Energie in industrielle Innovation umsetzten. Die meisten Besitzer von industriellen Unternehmen blieben jedoch ängstlich darauf bedacht, den Status quo zu wahren, und schreckten vor riskanten Neuerungen zurück. Kleine und große Anleger investierten eher in gewinnträchtige Unternehmungen im Ausland als in die nationale Produktion; Bürger jeder Kategorie sparten eher als zu konsumieren. Die Geburtenrate lag, Ursache und Folge des wirtschaftlichen Malthusianismus zugleich, kaum über der Sterblichkeitsrate; und ein vielfältiges System von Außenzöllen schützte Kleinbauern wie Großgrundbesitzer, Landwirtschaft wie Industrie vor unliebsamer auswärtiger Konkurrenz. Die mangelnde Dynamik des Industriebürgertums bewahrte die Bauern und Kleinbürger vor dem wirtschaftlichen Abstieg und sorgte so für eine Fortdauer der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse. Gleichzeitig öffnete die Beteiligung am Finanzkapital der Masse der kleinen Eigentümer grundsätzlich die Aussicht auf einen Aufstieg in höhere Gesellschaftsschichten und beugte so etwaigem Unmut über die äußerst ungleiche Einkommensverteilung vor. Der Kompromiß der Besitzenden, der die Republik trug, wurde damit noch bekräftigt und verlor auch über längere Zeit hinweg nichts von seiner Bedeutung.

Außerdem verwandten die Republikaner nach ihrem Sieg erhebliche Anstrengungen darauf, die große Masse der Bevölkerung, auf dem Land wie in den unterbürgerlichen Schichten, auch ideologisch für die republikanische Ordnung zu gewinnen. Unter der Führung von Jules Ferry, 1879 bis 1885 in wechselnden Kabinetten Unterrichts- und Premierminister, beseitigten sie Schritt für Schritt den bis dahin dominierenden Einfluß der Kirche auf das Schulwesen und etablierten ein laizistisches Schulsystem, das wissenschaftlichen Rationalismus mit der Vermittlung bürgerlicher Tugenden verband. Insbesondere die Lehrer an den Primarschulen (die »Instituteurs«) verbreiteten nun, von der Aufsicht des Klerus und der lokalen Honoratioren befreit, bis ins letzte Dorf hinein ein einheitliches

Nationalbewußtsein, in dem die Republik als Inkarnation der Nation, Vollendung der Revolution von 1789 und Garant für die Verwirklichung der universalen Ziele der Menschheit erschien. Neben ihnen wirkten die Freimaurer mit der Fülle ihrer Organisationen, Zeitungen und überparteilichen Verbindungen als Multiplikatoren der aufklärerischen und republikanischen Ideale, die die dritte Republik über pragmatische Nützlichkeitsabwägungen hinaus auch emotional fest in den Herzen einer wachsenden Mehrheit der Nation verankerten und einen nationalen Konsens stifteten, der über die Solidarisierungseffekte der Revolution oder der beiden napoleonischen Unternehmungen hinausging.

Über die affektive Zustimmung zu den republikanischen Idealen hinaus wirkte ein militanter Patriotismus integrationsfördernd, der an die Tradition der Revolutionskriege anknüpfte und damit Bedürfnisse abdeckte, die sich auch schon die beiden Napoleons zunutze gemacht hatten. Er kristallisierte sich besonders um die Sorge um die 1871 verlorenen Provinzen Elsaß und Lothringen und den daraus resultierenden Gegensatz zum Deutschen Reich. Die Armee, die diese Provinzen einst zurückbringen sollte, wurde zum Objekt allgemeiner Begeisterung und, besonders seit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht 1889, zu einer weiteren »Schule der Nation«; ihre Aufmärsche und Paraden nahmen den Charakter von nationalen Feiertagen an. Daneben fanden nationales Prestigedenken und Hochschätzung der »zivilisatorischen Mission« Frankreichs auch in der Unterstützung für die koloniale Expansion Ausdruck, die Ferry mit Vorstößen nach Tunesien, Madagaskar und Indochina in Angriff nahm. Diese Politik blieb nicht unumstritten, vor allem weil sie zu einer Annäherung an das Deutsche Reich führte; nachdem aber eine Militärkonvention mit Rußland 1892 die Position Frankreichs gegenüber Deutschland gestärkt hatte, wurden weitere Erwerbungen in West- und Äquatorialafrika sowie das Vordringen nach Marokko von einer breiten Zustimmung zur Vergrößerung des französischen »Rangs« in der Weltpolitik getragen.

Missionarischer Republikanismus und Patriotismus reichten freilich nicht aus, um den Republiken in der gesamten Nation die nötige Legitimität zu verschaffen. Die katholische Kirche, die die Bemühungen um eine Rückkehr zur Monarchie nach Kräften unterstützt hatte, blieb unter dem Einfluß ultramontaner Kreise auch nach dem Sieg der Republikaner die Wortführerin einer Wiederherstellung des Ancien régime und wurde damit zum Kristallisationspunkt für jede Art reaktionärer Bewegung. Die ideologische Offensive der Republikaner nahm darum auf weite Strecken den Charakter eines antiklerikalen Feldzuges an, der nicht nur der Verbreitung der Aufklärung galt, sondern auch der Beseitigung des kirchlichen Zugriffs auf den Staat. Sie hatten damit aufs Ganze gesehen Erfolg – zum einen, weil sie in der Kräftekonstellation, die sich Ende der

1870er Jahre herausgebildet hatte, über die stärkeren Bataillone verfügten; zum anderen aber auch, weil ihr Programm der allgemeinen Säkularisierungstendenz des Jahrhunderts entsprach. Dennoch konnten sie nicht verhindern, daß sich Zentren des Widerstands gegen die Vereinnahmung für die Republik bildeten und diese infolge der Defizite der republikanischen Ordnung auch wieder neue Unterstützung fanden.

Daneben hatte die Republik auch Schwierigkeiten, in den Reihen der Arbeiter genügend Unterstützung zu finden. Mit fünf bis sechs Millionen ein knappes Drittel der Aktivbevölkerung, lebten die Arbeiter in dieser Republik unter sehr unterschiedlichen Bedingungen: häufig noch in Betrieben mit einigen wenigen Beschäftigten, in den großen Städten in Kontakt mit dem Kleinbürgertum, in den neuen Industrieagglomerationen teils brutal ausgebeutet und teils paternalistisch kontrolliert. Eine einheitliche Arbeiterbewegung konnte unter diesen Voraussetzungen nur sehr schwer zustande kommen; in der Regel ließen aber die ständige Unsicherheit des Arbeitsplatzes, die ununterbrochene Erschöpfung in einem Zwölfstundentag, der Ausschluß vom kulturellen Leben und das Fehlen jeglicher Perspektive auf einen sozialen Aufstieg die Distanz zu den übrigen Klassen deutlich hervortreten. In diese Welt konnte der republikanische Diskurs wohl grundsätzlich vordringen, insofern er die Gleichheit der Individuen betonte und die Macht der Feudalherren und Notabeln attackierte. Da sich die Republikaner im Interesse an der Konsolidierung des bürgerlichen Kompromisses aber hüteten, ihre Kritik an den Mächtigen auch auf die neuen Herren der Industriegesellschaft auszudehnen, und die Koalition der Besitzenden folglich kaum Anstalten traf, die materielle Situation der Arbeiter zu verbessern und ihre gesellschaftliche Isolation abzubauen, blieben die Beziehungen der Republik zu diesem Teil der Gesellschaft prekär.

Die Schwächen der republikanischen Synthese wurden erstmals 1887 deutlich, als die gemäßigten Republikaner einen militanten Kriegsminister, der zur Konfrontation mit dem Deutschen Reich drängte, aus dem Amt entließen: Binnen kurzem sammelte dieser General Georges Boulanger so viele Stimmen nicht nur fanatischer Nationalisten, sondern auch von oppositionellen Arbeitern und enttäuschten Kleinbürgern, daß er mit Unterstützung monarchistischer und bonapartistischer Kreise zu einer Herausforderung für das noch wenig gefestigte Regime wurde. Auf eine Reihe spektakulärer Erfolge in Nachwahlen gestützt, forderte er eine Stärkung der Exekutive auf Kosten der Parlamentsherrschaft, verbunden mit grundlegenden sozialen Reformen und dem Übergang zu einer offen revanchistischen Außenpolitik. Nachdem er im Januar 1889 einen triumphalen Wahlsieg in Paris errungen hatte, schien vielen Beobachtern schon das Ende der Republik gekommen. Boulanger widersetzte sich freilich den Abenteurern, die ihn zu einem Staatsstreich drängten; und in

den allgemeinen Wahlen im September des gleichen Jahres zeigte sich dann, daß die Koalition seiner Anhänger doch zu heterogen war und der Einfluß des Republikanismus auf dem Lande schon zu weit fortgeschritten, um die republikanische Mehrheit wirklich zu gefährden.

Mit der Beschleunigung des industriellen Wachstums in der Hochkonjunkturperiode, die Mitte der 1890er Jahre begann und mit Unterbrechungen im ersten Jahrzehnt nach der Jahrhundertwende bis zum Jahr 1913 dauerte, wuchsen die oppositionellen Strömungen weiter an. Die Arbeiter, zahlenmäßig nun etwas stärker, empfanden die Diskrepanz zum bürgerlichen Wohlstand trotz allmählicher Besserung der Einkommensverhältnisse stärker denn je. Ein kleiner Teil von ihnen – fünf bis sechs Prozent – engagierte sich in einer Gewerkschaftsbewegung, die sich zunehmend den Thesen des revolutionären Syndikalismus verschrieb; andere begannen, statt der Republikaner sozialistische Abgeordnete zu wählen. In den kleinbürgerlichen Kreisen griff die nationalistische Erregung weiter um sich, oft verbunden mit antisemitischen Attacken und antiparlamentarischer Frontstellung. Und auch in den oberen Gesellschaftsklassen bekam der Nationalismus jetzt manchmal eine antiparlamentarische Färbung und fand der Katholizismus als defensive Ordnungsideologie neue Resonanz. Eine einheitliche Oppositionsbewegung entwickelte sich daraus allerdings nicht mehr; vielmehr eilten die Sozialisten und mit ihnen viele Arbeiter der Republik gegen die Bedrohung durch eine neue Rechte zu Hilfe.

Zum Katalysator dieser Entwicklung wurde von 1897 an die Affäre um einen jüdischen Offizier, Alfred Dreyfus, der zu Unrecht wegen Spionage verurteilt worden war: Der Versuch, Dreyfus zu rehabilitieren, führte auf der einen Seite zu einem Ausbruch nationalistischer und antisemitischer Agitation, die sich bald auch gegen die Republik und ihre Repräsentanten richtete, und auf der anderen Seite zu einer Bekräftigung des republikanischen Idealismus, für den sich nun, beginnend mit einer fulminanten Attacke des Schriftstellers Emile Zola gegen die Vertuschungsmanöver der Exekutive, eine große Zahl von Intellektuellen engagierte. Vor dem Hintergrund der erbitterten Auseinandersetzung fand sich ein Teil der bürgerlichen Republikaner bereit, zur Verteidigung republikanischer Prinzipien auch mit den Sozialisten zusammenzuarbeiten, und entschlossen sich die parlamentarischen Wortführer der Sozialisten, meist selbst bürgerlicher Herkunft, die republikanische Ordnung gegen die Allianz der militanten Rechten und der Ordnungskräfte in Armee und Kirche zu verteidigen. Im Juni 1898 bildete der gemäßigte Republikaner René Waldeck-Rousseau ein Kabinett, dem mit Alexandre Millerand zum erstenmal ein sozialistischer Minister angehörte.

Das Bündnis aus Sozialisten, radikalen Republikanern und einem Teil der gemäßigten Republikaner, das damit begründet wurde, setzte die

Autorität des Staates ein, um die Agitation der rechtsextremen Ligen unter Kontrolle zu bringen, beseitigte Widerstände in der Armee gegen eine Revision des Dreyfus-Falles und nahm dann den Kampf gegen den Einfluß der Kirche auf Staat und Gesellschaft wieder auf. Die religiösen Kongregationen, deren Vermögen und Aktivität im höheren Schulwesen beträchtlich zugenommen hatten, wurden einer staatlichen Genehmigungspflicht unterworfen, die restriktiv gehandhabt wurde; dann, nach der Ausweisung zahlreicher nichtzugelassener Ordensleute, wurde ihnen die Erteilung von Unterricht ganz verboten; und schließlich wurde 1905 ein Gesetz über die Trennung von Kirche und Staat beschlossen, das die Mitwirkungsrechte des Staates bei der Berufung des Klerus beseitigte und zugleich die finanzielle Unterstützung der Kirche durch den Staat abschaffte. Parallel dazu wurden einige Sozialgesetze verabschiedet, die der Ausbeutung der Arbeiter erste Grenzen setzten: So wurde die tägliche Arbeitszeit auf zehn Stunden begrenzt, ein wöchentlicher Ruhetag verpflichtend eingeführt, eine staatliche Unterstützung für die Altersversorgung beschlossen und eine bescheidene Versicherung für den Krankheitsfall organisiert.

Infolge der Zusammenarbeit der laizistischen Linken im sogenannten »Block« – an dessen Spitze die wachsende Zahl der radikalen Republikaner stand, seit 1901 in einer lockeren »Parti radical et radical-socialiste« organisiert – konnte die republikanische Ordnung gefestigt werden, insbesondere in der Verwaltung und im öffentlichen Bewußtsein. Sie reichte jedoch nicht hin, die Kluft zwischen den bürgerlichen Kreisen und den Arbeitern wirklich zu überwinden. Was an Sozialgesetzen verabschiedet wurde, blieb weit hinter den Erwartungen der Sozialisten zurück; Anläufe zur Durchsetzung eines generellen Schlichtungsverfahrens für Arbeitskämpfe und zur Einführung einer Einkommenssteuer scheiterten ganz. Die Widerstände eines Teils der Sozialisten gegen eine Beteiligung an einer »bürgerlichen« Regierung konnten folglich nicht überwunden werden; die Gewerkschaftsbewegung rückte weiter vom parlamentarischen Sozialismus ab; und von 1904 an erschütterten zunehmend heftigere Streikbewegungen das Land. Als dann die Wahlen vom Mai 1906 den radikalen Republikanern und ihren gemäßigten Verbündeten eine Mehrheit auch ohne die Stimmen der Sozialisten einbrachten, zerbrach der Block an den wachsenden Klassenspannungen: Ministerpräsident Georges Clemenceau, einer der historischen Wortführer des radikalen Republikanismus, ging mit allen Mitteln staatlicher Macht gegen die Streikbewegungen vor und trieb die Sozialisten damit in die Opposition.

Die Kluft zwischen der bürgerlich-republikanischen Mehrheit und der Arbeiterbewegung wurde noch vertieft durch die Zuspitzung der internationalen Lage. Während die revolutionäre Linke eine heftige antimilitaristische Agitation entwickelte und die republikanischen Sozialisten mit

einer Minderheit der radikalen Republikaner auf Verständigung und internationale Schiedsgerichtsbarkeit drängten, betrieb die Regierungsmehrheit, zur Kraftprobe mit dem Deutschen Reich bereit, die Stärkung der Armee und fand darüber auch wieder zur Zusammenarbeit mit den gemäßigt-konservativen Republikanern zurück, die die Wende zum laizistischen »Block« nicht mitvollzogen hatten. Im Juli 1913 wurde die Militärdienstzeit mit den Stimmen der Rechten und gegen einen Teil der Linken von zwei auf drei Jahre verlängert. Danach konnten die Gegner der dreijährigen Dienstzeit in den Wahlen vom April/Mai 1914 beträchtliche Stimmengewinne erzielen, und es wurde für die regierenden Republikaner immer schwieriger, zwischen Antirepublikanismus auf der einen und Pazifismus auf der anderen Seite eine solide Basis für die Regierungsarbeit zu finden.

Damit war eine Fortentwicklung der Republik über die Festigung des Status quo hinaus auf absehbare Zeit blockiert: Die prekären Mehrheitsverhältnisse erlaubten weder einen antiparlamentarischen Rechtsruck noch energische Schritte zur Integration der Massen der Industriegesellschaft in das republikanische Gemeinwesen. Die Republik blieb auf die gesellschaftlichen Verhältnisse ihrer Gründungsära fixiert: gegründet auf den Kompromiß der Besitzenden und am Zielbild einer vorindustriellen Bürgergesellschaft orientiert. Angesichts der geringen Dynamik der französischen Industrialisierung ließ sich damit gewiß für längere Zeit leben. Auf Dauer stellte sich freilich die Frage, wie lange sich die Republik gegen die Klassenspannungen behaupten konnte, die zu überwinden sie nicht in der Lage war.

1 Frankreich im Ersten Weltkrieg

Als das Deutsche Reich am 3. August 1914 der Französischen Republik den Krieg erklärte, glaubten viele zeitgenössische Beobachter zunächst an einen gewaltsamen Ausbruch der Klassengegensätze zwischen französischer Bourgeoisie und französischen Arbeitern. Die Arbeiterorganisationen hatten die Spannungen zwischen den Großmächten als Ausdruck imperialistischer Ambitionen des großen Kapitals verstanden und in ihrem Kampf gegen den Imperialismus auch die Kapitalistenklasse des eigenen Landes nicht geschont; sie hatten sich in Kontakten mit der deutschen Sozialdemokratie um die Entwicklung einer gemeinsamen Kriegsverhütungsstrategie bemüht, und sie hatten vor allem die Ausrufung des Generalstreiks als Mittel gegen die Entfesselung eines Krieges ernsthaft ins Auge gefaßt. Im Verlauf der Juli-Krise 1914 hatte ihre Partei, die sich seit 1905 demonstrativ internationalistisch »Französische Sektion der Arbeiter-Internationale« nannte (»Section Française de l'Internationale Ouvrière« oder abgekürzt SFIO), das Bekenntnis zum Generalstreik auf einem Parteitag noch einmal bekräftigt; und der Parteiführer Jean Jaurès hatte die Kraft der pazifistischen Bewegung bei den Regierungsverantwortlichen zur Geltung zu bringen versucht. Die Staatsmacht hatte die organisierte Arbeiterbewegung als ersten Feind ausgemacht, der im Falle eines Krieges auszuschalten war; und sie hatte darum als Teil der Mobilmachung die Verhaftung aller bedeutenden Partei- und Gewerkschaftsführer (aufgelistet in dem berühmten »Carnet B«) vorgesehen. Ein nationalistischer Fanatiker war darüber hinausgehend schon zur Tat geschritten: Er hatte Jaurès am Abend des 31. Juli erschossen.

1.1 Die »Union sacrée«

Tatsächlich erwies sich aber die nationale Solidarität als stärker als die Klassenspannungen. Beide Seiten, Regierung und Arbeiterführer, schreckten vor der vorgesehenen Konfrontation zurück und verbündeten sich statt dessen zur Abwehr des äußeren Feindes. Nachdem Innenmini-